



Kontakte

Rundbrief der Evangelischen
Thomaskirchengemeinde Mainz
Juli bis November 2017



»Die *Kinder*
und die **Kirche** ...«



Alles in Luther



Gemeindebrief der Luthergemeinde - Juli bis November 2017



»Die *Kinder*
und die **Kirche** ...«



»Kirchengemeinden können die Kosten für Kitas auf Dauer kaum übernehmen«

Frau Herrenbrück, Sie sind Leiterin des Fachbereichs Kindertagesstätten im Zentrum Bildung der EKHN. Was sind Ihre konkreten Aufgaben in dem Zentrum?

Die Aufgabe des Fachbereichs ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die Kindertagesstätten in der EKHN und ihre Träger eine verlässliche Unterstützung für ihre Arbeit erhalten. Diese Unterstützung erfolgt durch drei unterschiedliche Aufgabenbereiche, die pädagogische und religionspädagogische Fachberatung, Recht und Controlling sowie die politische Vertretung und Strategieentwicklung. Somit hat der Fachbereich eine beratende, gestaltende und auch genehmigende Funktion innerhalb des kirchlichen Kitasystems.

Meine Aufgabe als Leiterin des Fachbereichs ist es unter anderem, darauf zu achten, dass die pädagogischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in einem ausgewogenen Zusammenhang stehen, im Sinne der Ermöglichung eines „gut gelebten Alltags“ in den evangelischen Kitas.

Welche der vielen Aufgabenfelder sind Ihnen dabei besonders wichtig?

Mir persönlich ist wichtig, dass jeden Tag Kinder schmutzig und glücklich aus unseren Kitas kommen, einen anregenden Alltag dort hatten, ernstgenommen wurden und Zuwendung erfahren haben. Für die evangelischen Kindertagesstätten ist mir wichtig, dass wir für Kinder und deren Eltern wie auch für unsere Mitarbeitenden verlässliche Partner in der Lebensgestaltung sind. Dafür muss immerwährend eine Menge getan werden. Die Prioritäten variieren manchmal,

je nachdem was gerade obenauf liegt. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel müssen wir uns aktuell mit der juristischen Seite des Kitabereiches auseinandersetzen, weil das Kitagesetz zur Überarbeitung ansteht.



Sabine Herrenbrück

Evangelische Gemeinden engagieren sich ja seit Jahrzehnten in der christlichen Erziehung von Kindern. Was macht evangelische Erziehungsarbeit für Sie aus?

Für mich sind die Kitas Orte des gelebten Evangeliums. Wir gestalten sie auf der Basis unseres Glaubens. Menschenbild und Bildungsverständnis leiten sich aus dem Evangelium ab. Wir respektieren die gesellschaftliche Vielfalt und beziehen sie in den Kitaalltag mit ein. Jedes Kind ist für uns ein Ebenbild Gottes und wunderbar gemacht, egal wo es herkommt, wie es mit seiner Familie lebt und welche Religion es mitbringt.

Die EKHN-Expertin Sabine Herrenbrück über den zunehmenden Finanzdruck und warum Rheinland-Pfalz weniger zahlt als Hessen

Es spielt also keine Rolle, ob jemand evangelisch getauft ist oder nicht?

Nein, aus zweierlei Gründen: Zum einen unterstützen wir den Staat bei der Aufgabe, Kindertagesbetreuung vorzuhalten, und erhalten dafür staatliche Gelder, also Geld von allen aus der Gesellschaft, für alle in der Gesellschaft. Zum anderen verstehen wir unsere Einrichtung als ein Spiegel der Gesellschaft, die sehr unterschiedlich ist. Bei uns kommen Menschen zusammen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Familienformen, Religionen und Kulturen. Wir möchten, dass in den Kitas im Kleinen gelingt, wo sich Menschen im Großen manchmal noch schwer tun.

Fast alle Kitas in Rheinland-Pfalz haben lange Wartelisten. Viele Eltern suchen schon Plätze für ihre Kinder im Krippenalter, weil sie Beruf und Familie unter einen Hut bringen wollen. Sollten sich evangelische Gemeinden auch in der Erziehung von unter zweijährigen Kindern im Krippenalter engagieren?

Wenn die Gemeinden davon überzeugt sind, ja, auf jeden Fall. Schwierig finde ich, wenn Träger und Personal eigentlich nichts davon halten, Kinder unter drei zu betreuen, denn dies spüren Kinder und Eltern, was dann zu Irritationen auf allen Seiten führt.

Das rheinland-pfälzische Kitagesetz sieht vor, dass die freien Träger, zu denen die evangelischen Gemeinden gehören, einen bestimmten Anteil der Kosten einer Kita selbst tragen müssen. Ist das fair? Und ist das in Hessen auch so?

Die Kitafinanzierung ist in den beiden Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt. In Hessen gibt der Gesetzgeber eine Mindestausstattung vor, und die Träger und Kommunen treffen Vereinbarungen über Verträge. Die Beteiligungsquote der Kirche ist durch das Kirchenparlament, die Synode, festgelegt und stellt eine Beteiligung an den Betriebskosten, also Personal- und Sachkosten, dar.

In Rheinland-Pfalz legt das Gesetz für alle Träger auch eine Personalkostenbeteiligung fest. Aber: alle weiteren Kosten für den Betrieb müssen die Träger aufbringen. Das ist sehr teuer und entspricht meines Erachtens nicht einer modernen Finanzierungssystematik. Beispielsweise muss der Träger alleine dafür aufkommen, wenn es Veränderungen für Personal im Arbeitssicherheitsbereich oder der Arbeitsmedizin gibt. Dies führt dazu, dass die Kirche in Rheinland-Pfalz im Vergleich eine höhere Beteiligung tragen muss als in Hessen. Und die Beteiligung liegt in Rheinland-Pfalz auch über der Quote, die die Synode beschlossen hat. Das heißt, dass die Kirche immer etwas mehr für die Kitas in Rheinland-Pfalz aufbringen muss.

Die EKHN-Synode hat vor einigen Jahren entschieden, dass es kein weiteres Geld für neue evangelische Kita- und Krippengruppen geben wird. Warum? Der Bedarf ist doch da, auch bei uns in der Mainzer Oberstadt!

Die Synode der EKHN hat bereits in den 1970er Jahren beschlossen, eine Ausweitung mit Kirchensteuermitteln nicht weiter fortzuführen. Dies bedeutet, dass seitdem keine neuen Gruppen oder Einrichtungen mehr



Zehn Kinder können in der Lutherkrippe betreut werden ... und zum Beispiel das Lesen entdecken

entstanden sind, die durch die Kirche bezuschusst werden. Hintergrund war das Ziel der Synode, die bestehenden Einrichtungen finanzieren zu können – auch wenn Personal- und Sachkosten steigen. Selbstverständlich gibt es neue Gruppen und Einrichtungen, diese werden aber öffentlich finanziert, und die evangelischen Kirchengemeinden sind nur der Träger der Kindertagesstätten. 2008 gab es eine Ausnahme von dieser Beschlusslage. Da gab es das sogenannte Krippenanschubprogramm der EKHN, durch das Baukosten und Betriebskostenzuschüsse für fünf Jahre durch die Landeskirche übernommen wurden. Hiermit hat die EKHN signalisiert, dass die familienpolitischen Entwicklungen in Bezug auf U3-Betreuung nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Die Bedingung war aber, dass nach Ablauf des Programms die Betriebskosten von den Kommunen vollumfänglich übernommen werden. Das ist an den Orten zum Problem

geworden, an denen die Kommunen es ablehnen, die Betriebskosten zu übernehmen. Wie in Mainz.

Warum besteht die EKHN darauf, dass die Kommunen die Betriebskosten voll übernehmen?

Hintergrund ist, dass seit 1996 qua Gesetz ein Rechtsanspruch für einen Kitaplatz besteht – und seit 2013 auch für einen Krippenplatz. Somit ist Kitaarbeit zu einer staatlichen Pflichtaufgabe geworden, die durch die Kommunen umzusetzen ist. Von daher gehen wir davon aus, dass die Finanzierung auch bei den Kommunen liegen muss. Die Entscheidung, Kitas aus Kirchensteuern zu bezuschussen, stammt noch aus einer Zeit in der Kitas eine freiwillige Leistung waren und hauptsächlich halbtags angeboten wurden.

Den Bedarf an Kita- und Krippenplätzen

nehmen wir sehr wohl wahr, und die Kitas der EKHN haben in diesem Bereich auch nennenswert expandiert. Wenn aber die Kommune nicht bereit ist, uns in dieser Arbeit zu finanzieren, können wir uns dort nicht mehr einbringen.

Die Vorgabe, dass neue Krippengruppen in den kirchlichen Gemeinden sogenannte „Null-Projekte“ sein müssen, dass sie also die Landeskirche finanziell nicht belasten dürfen, führt doch zwangsläufig dazu, dass sich Kirche aus der Betreuung von Kindern, die jünger als zwei sind, zurückzieht. Welche Kirchengemeinde kann es sich in Zukunft leisten, einen Anteil der Personal- und Sachkosten selbst zu finanzieren?

Dieses Problem existiert so konsequent nur in Mainz, und es ist in der Tat für die Kirchengemeinden kaum leistbar, diese Kosten dauerhaft zu übernehmen. In anderen Kommunen in Rheinland-Pfalz und in Hessen wird die kirchliche Beschlusslage akzeptiert, die Kommunen stimmen hier der alleinigen Kostenübernahme zu. Wie oben schon gesagt, kann von Rückzug keine Rede sein. In den vergangenen zehn Jahren haben wir eher expandiert. Seitdem ist die Anzahl der Kitaplätze deutlich gestiegen, so auch die Anzahl der Ganztagsplätze mit Mittagsversorgung und die Anzahl der Krippengruppen. Unsere Häuser sind durch Anbauten von Kita- und Krippengruppen erheblich größer geworden. Das alles schlägt sich natürlich in den Finanzen nieder. Im kommenden Jahr liegt das EKHN-Budget für die Betriebskosten evangelischer Kitas bei 44,5 Millionen Euro – inklusive der Zuweisungen für Ausbildungsstätten, für Fortbildungszuschüsse und für meinen Fachbereich. Hinzu kommen Baukostenzuschüsse von rund 1 Mil-

lion Euro für den Unterhalt kircheneigener Kitagebäude.

Wenn kommunale Kitas Krippengruppen aufbauen wie in Mainz, evangelische Einrichtungen diese aber schließen oder erst gar nicht aufbauen, weil es zu teuer ist, vertut die EKHN dann nicht eine Chance, Kinder mit christlichen Inhalten, Werten, Ritualen vertraut zu machen?

Ich denke, dass wir alles in allem mit unseren Kitas in den Regionen der EKHN gut vertreten sind. Dies bezieht sich sowohl auf den urbanen Raum, als auch auf die ländlichen Regionen. Die Frage, die sich aber tatsächlich auch stellt ist, ob wir bei zurückgehenden Mitgliederzahlen in einem für die Kirchenvorstände arbeitsintensiven und die Gesamtkirche kostenintensiven Bereich expandieren sollten. Für die Zukunft ist daher zu bedenken, ob ein solches umfangreiches Kitasystem noch handhabbar ist. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, inwiefern wir, durch eine Verzahnung von Vielem, was schon in den Gemeinden da ist und getan wird, nicht auch die Vermittlung von christlichen Inhalten und Werten über die Kindertagesstätten hinaus erreichen können.

Frau Herrenbrück, vielen Dank!

Die Fragen stellte Marcel Schilling

Sabine Herrenbrück wurde 1967 in Essen geboren. Die Mutter von zwei Kindern studierte an den Universitäten Wuppertal und Lüneburg Sozialpädagogik auf Diplom. Seit 9 Jahren leitet sie den Fachbereich Kindertagesstätten im Zentrum Bildung der EKHN.